

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten beträgt 19 M. 45 Pf., in Altenteig 19 M. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge von Krieg oder Betriebsstörungen steht kein Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk
Nagold und für Altenteig-Stadt.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pf., die Reklamazeile 1 M. 50 Pf., Mindestbetrag ein- oder zweifache 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsfortzug oder gerichtlicher Eintreibung ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 17.

Altenteig, Samstag den 22. Januar.

Jahrgang 1921.

Sonntagsgedanken.

Der starke Kitt der Einheit.

Die Liebe ist das große Ja des Lebens. Sie erbaute Häuser und Städte, Länder und Völker. Sie schafft Leben und erhält das Leben. Ihre Macht muß unser Volk heiligen, damit es sich von dem Dunklen und Richtigen abhebt und wieder in Licht und Wärme wandelt. Die Liebe muß in unserem Volk hindurchbrechen, soll es nicht rettungslos auseinanderfallen. Sie ist der starke Kitt, der ein Volk zur Einheit verbindet.

Max Wundt.

Zur Lage.

Ein schweizerisches Blatt meldete aus Paris, die französische Regierung habe ihre Kommissionen, Konsulten, Agenten usw. in Deutschland beauftragt, über die Reichsgründungsfeier am 18. Januar genaue Berichte einzusenden. Sie wird von den Meldungen wenig beeindruckt gewesen sein, und das Pariser „Journal des Debats“ zieht mächtig gegen die Deutschen los, daß der Friede von Versailles sie nicht abhalten konnte, den 18. Januar 1871 zu feiern. Das zweite Versailles, meinte das Pariser Blatt, müßte doch den Deutschen die Gelegenheit für das erste gründlich ausgetrieben haben. Welche Selbsttäuschung! Das erste Versailles „von 1871“ — mit Verlaub zu sagen, ist es das zweite, denn die Deutschen fanden schon 1814/15 als Sieger in Versailles und haben der Herrschaft Napoleons I. ein Ende gemacht — kann durch Versailles Nr. 2 aus seinem deutschen Herzen gerissen werden. Hier ist der Punkt, wo die Gewalt des Schwachfriedens aufhört. In Tausenden von Festen und Feiern bis in die kleinsten Dörfer des Reichs hinein wurde dies Bekenntnis den übermächtigen „Siegern“ entgegengebracht. Der Wille, ein Reich, ein Volk zu bleiben, ist bei den Deutschen heute lebendiger denn je. Die einmütigen Feiern konnten Frankreich den Beweis liefern, daß die Wählerarbeit zur Sprengung des Reichs und die Spekulation auf bayerische Abtrennungsgelüste eitel sind, denn die Einigungsfeier in München war eine der glänzendsten und erhabensten im ganzen Reich. Jetzt schimpft man in Frankreich, vielleicht wird man noch einmal anders denken lernen, — wenn dann nicht zu spät ist. General Ludendorff wurde dieser Tage von einem Pariser Zeitungsmann angegriffen und um seine Meinung über den Bolschewismus befragt. Kurz vorher war vom Ausland das falsche Gerücht verbreitet worden, der General habe eine Denkschrift über den Bolschewismus an den Verband gerichtet. Dieses Gerücht widerlegte Ludendorff, aber er gab den Franzosen zu bedenken, daß Frankreich mit seiner Ausbreitung Deutschlands nur sich selbst schade und in seiner Verkennung der Bedeutung des Bolschewismus Gefahr laufe, eines Tages recht unangenehm an die Wirklichkeit erinnert zu werden und die bisherige Politik zu bereuen.

Manche glauben, daß in Paris nun ein anderer Kurs getrieben werde, nachdem Aristide Briand zum siebten Mal Ministerpräsident geworden ist. Von seinen Landsleuten werden ihm persönliche Liebenswürdigkeit und das Geschick, zu vermitteln und zu versöhnen, nachgerühmt. Mit Briand hat nach französischer Auffassung eine Richtung gelehrt, die maßvoll und vernünftig sei. Das mag zutreffen für das Verhältnis zwischen Frankreich und England, und Präsident Millerand hat, als er Poinecaré als Minister des Auswärtigen absetzte — woran das Kabinett Veret scheiterte —, wohl auch nur an die Pilege dieses Verhältnisses gedacht. Wir Deutsche haben von dem Maßvollen und Vernünftigen noch nicht viel entdecken können. Freilich, es heißt jetzt, mit bloßer Gewalt werde man Deutschland nicht mehr zur Einhaltung des Friedensvertrags zwingen, es sei denn, daß alle Verbündeten solche Maßregeln billigen. Ob aber die Methode, die an die Stelle der Gewaltspolitik treten soll, für Deutschland besser ist, ist sehr die Frage. Im französischen Senat jagte Leon Bourgeois, die Finanzlage Frankreichs sei trostlos; der Staatshaushalt habe einen Fehlbetrag von 24 Milliarden Franken und das komme daher, daß Deutschland noch nichts von seinen Schulden bezahlt habe. Diese Schulden müßten also unerbittlich eingetrieben werden, sonst treibe Frankreich dem finanziellen Abgrund zu. Deutschland habe noch nichts bezahlt! Die 2 1/2 Milliarden Goldmark, die bisher in Form von hochwertigen Material an die Feinde ausgeliefert wurden, ungerechnet die Milliardenwerte an Waffen, Kriegs-

material, Kriegsschiffe usw. sind wirklich nichts in den Augen des Verbands? Unser bestes Eisenbahnmateriale z. B., das einen Wert von 2 Milliarden hatte, die 1001 ausgelieferten erstklassigen Handelsschiffe mit einem Wert von fast 7 1/2 Milliarden, die wertvollen Tiere mit 288 Millionen Goldmark, die Kohlen mit 656 Millionen, die Saargruben mit über einer Milliarde, das Reichs- und Staatsrentenamt an Boden, Gebäuden mit 4 1/2 Milliarden Goldmark, die Milliarden für die Besatzung, die 409 Millionen für die verschiedenen unartigen „Kommissionen“ — das ist alles nichts? Ja, wo fängt denn bei den Franzosen dann das „Etwas“ an?

Darüber streitet man sich gegenwärtig in Paris, ob es vorzuziehen sei, ein Abkommen mit Deutschland zu treffen oder die Entschädigungsrechnung aufzustellen und sie in Jahresbeträgen abzahlen zu lassen. Die Partei Poinecaré will keine Festsetzung der Gesamtentschädigung, weil sie fürchtet, bei den heutigen Verhältnissen Deutschlands könnte eine Summe bestimmt werden, die für sie nicht hoch genug wäre. Sie wollen sich den Weg offen halten, um mit der wachsenden deutschen Leistungsfähigkeit größere Zahlungen zu erreichen. Andere, wie der „Temps“, wollen auch noch keine Endsumme festsetzen, sondern eine „Schonzeit“ von 5 Jahren zubilligen, innerhalb deren Deutschland in erster Linie Sachleistungen (Kohlen, Industrieerzeugnisse usw.) und daneben in kleinerem Umfang Goldzahlungen, zusammen 3 Milliarden Goldmark (etwa 36 Milliarden Papiermark) jährlich zu bezahlen hätte. Nach Ablauf der 5 Jahre sollte erst mit den eigentlichen Goldzahlungen begonnen werden. Der französische Vertreter auf der Brüsseler Konferenz, Soubouze, hat einen Zahlungsplan auf dieser Grundlage ausgearbeitet und die deutsche Reichsregierung hat sich durch den derzeit in Paris weilenden Staatssekretär Bergmann einverstanden erklärt, sie wünscht aber, wie es heißt, die Herabsetzung der Jahrestilgung auf den Wert von 2 Milliarden Goldmark und einige andere kleinere Erleichterungen.

Dagegen hat der neue Minister für die „befreiten Gebiete“, Loucheur, früher Präsident der Wiederherstellungskommission, kurz vor seiner Berufung ins Ministerium einen anderen Plan aufgestellt, der in Deutschland die größte Beachtung verdient, weil er nicht weniger als die Entrechtung Deutschlands und die vollkommene Versklavung oder Vernichtung der deutschen Industrie bedeutet.

Loucheur empfiehlt zunächst, der Verband solle die wirtschaftliche und finanzielle Verwaltung Deutschlands, seiner Steuern und Zölle, der Reichs- und Staatsmonopole übernehmen, wo nötig, neue Monopole in Deutschland einführen, wie das Salzmonopol, das Tabakmonopol usw. In den Reichs- und Staatsbetrieben, Post, Eisenbahn, Bergwerken usw. soll „Ordnung geschaffen“ und die Betriebe wieder rentabel gemacht werden — etwa durch Herabsetzung der Gehälter und Löhne, Erhöhung der Tarife, Abschaffung des Achtstundentags u. a. m. Die eigentliche Kriegsentchädigung soll aber nicht einmal aus den Uberschüssen der deutschen Produktion, sondern zu etwa vier Fünfteln in Kohlen und zum letzten Fünftel namentlich in chemischen Erzeugnissen und in Steuern auf Ausfuhrwaren geleistet werden. Loucheur behauptet, Deutschland könne Kohlen im Wert von 8 Milliarden Goldfranken abliefern. Er fügt hinzu, daß bei seinem Plan eine Schädigung der französischen Industrie nicht zu fürchten wäre. Allerdings nicht, denn er nimmt ja der deutschen Industrie die Kohlen weg und läßt für die Ausfuhr nur noch chemische Erzeugnisse zu, die die feindliche Industrie nicht herstellen vermag. Alle anderen Industrieerzeugnisse sollen mit einer Ausfuhrsteuer belegt und es soll auf diese Weise jede Möglichkeit beseitigt werden, daß die deutsche Industrie trotz der Entziehung der Kohle vielleicht doch noch auf die Beine komme.

Loucheur ist jetzt gewissermaßen Hochminister für die Entschädigungsfrage, das gibt seinem Plan ein besonderes Gewicht. Vor allem paßt der Plan aber so sehr in die englische Absicht der Niederhaltung des deutschen Wettbewerbs, daß die Unterstützung des Plans durch England auf der Konferenz des Obersten Rates in Paris am 24. Januar sehr wahrscheinlich wird.

Was hilft es uns, wenn man uns die Wipille etwas überquert, indem der Verband, großmütig wie immer, auf die noch im Rest befindlichen 300 000 Tonnen Handelsschiffraum, die wir kaum noch haben, verzichten will und Maßnahmen zu treffen in Aussicht stellt, die deutsche Valuta zu unterstützen. Was uns da geschicklich gegeben wird, wird auf der anderen Seite

rauhweise hundertfach genommen. Nebrigens erscheint die Verbandshilfe für unsere Valuta ziemlich billig im Preise, da der Markwert gegenwärtig von selbst langsam aufwärts geht, nicht weil es bei uns besser, sondern weil es draußen schlechter geworden ist. Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang, eine Folge der verschiedenen „Friedensverträge“, hat jetzt auch Schweden erfaßt, das nächst Amerika am längsten sich zu halten vermochte. Ein Fünftel der schwedischen Eisenindustrie hat den Betrieb eingestellt, die Holzindustrie, verhältnismäßig eine der bedeutendsten der Welt, ist fast ohne Aufträge. Die Hauptkäufer in Mitteleuropa fehlen, weil sie nichts mehr kaufen können. In England ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten vier Wochen um rund 270 000 gewachsen. Amtlich wurden am 8. Januar 860 000 Arbeitslose gezählt, wobei die Hunderttausende, die mit verkürzter Zeit arbeiten, nicht mitgerechnet sind. England hat bei seinen 48 Millionen Einwohnern also etwa 2 1/2 mal so viel Arbeitslose als Deutschland mit 60 Millionen Einwohnern. Nach einer Aufstellung des englischen Lord Curzon ist gegenwärtig die Arbeitslosigkeit am schärfsten in Amerika, dann kommen England, Frankreich, Belgien, Italien — lauter Bundesbrüder — und dann erst Deutschland. Ist das nicht wie ein Strafgericht?

Das franz. Regierungsprogramm.

Paris, 21. Jan.

In der französischen Kammer wurde gestern die Erklärung des Kabinetts Briand verlesen. Darin wird nach WTB. u. a. gesagt:

Die Regierung erkennt die Größe der Schwierigkeiten und erklärt sich bereit, ihnen die Stirn zu bieten. Wir haben einen Friedensvertrag mit Deutschland, aber wir haben noch nicht den Frieden, den Frieden der Herrlichkeit und der Moral, der die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs bestärkt und die Sicherheit Frankreichs bestärkt. Wir werden diese Sicherheit nur erlangen, wenn Deutschland entschlossen ist, das für unser Land eine Lebensfrage. Der Wiederaufbau unseres vernichteten Bodens, unserer zerstörten Industrie und das Gleichgewicht unserer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die Wiederherstellungen leistet, die der Friedensvertrag ihm auferlegt. Deutschland ist belegen; aber keine seiner Fabriken ist zerstört; seine Produktionskräfte sind ganz geblieben, und selbst die Bewegung des Beschäftigten, wie sie ihm die Niederlage auferlegt hat, eröffnet ihm in weitestem Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausbebung. Es ist nötig, Deutschlands schnelle Wiederrückbildung voranzutreiben. Fern liegt uns der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten. Aber der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des Volks, das der Angreifer war, (1) nach seiner Niederlage und dem Ruin des Volks, das den Sieg davon getragen hat (?), das ist eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann.

Wir haben die Gewalt. Aber das republikanische Frankreich ist seinem Wesen nach friedlich (?), und in Frieden wollen wir Deutschland zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen. Frankreich verlangt alles, was ihm zusteht. Es ist vernünftig, es verlangt nichts, was unmöglich wäre. Aber was jetzt geschehen muß, das ist, daß alle Möglichkeiten der Bezahlung seitens des Schuldners in Geld, in Natur und in Beteiligung aller Art zum Vorteil des Gläubigers durchgeführt werden.

Es ist unsere Ansicht, daß dieses Ziel nur durch enge Eintracht zwischen den Verbündeten erreicht werden kann. Wir haben die feste Zuversicht, daß unser großer Freund, England, uns darin mit allen Kräften unterstützen wird. Die herrliche Verbindung sichert den Frieden der Welt, mag es sich handeln um die Ausführung des Versailleser Friedensvertrags, um die Regelung der Orientfragen, um die Aufrechterhaltung des durch die Verträge mit Mitteleuropa geschaffenen Friedens, oder um die Beziehungen, die mit den Völkern im Osten Europas zu unterhalten sind. Das enge Bündnis mit England ist die Grundlage unserer auswärtigen Politik.

Was Italien betrifft, so werden unsere Interessen dahin gehen, die Bande, die der Krieg zwischen den beiden lateinischen Völkern so glücklich begründete, noch fester zu gestalten.

Die jahrhundertalte Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, die unvergänglichen Erinnerungen unserer gemeinsamen Geschichte, die dazu geführt haben, daß unsere Soldaten auf den Schlachtfeldern der Freiheit gemeinsam ihr Blut vergossen haben und die dazu führen werden, daß sie es auch in Zukunft tun werden, wenn es nötig werden sollte, sind eine Bürgschaft unserer Einigkeit im Frieden wie im Krieg. Wir sind dessen sicher, daß unsere amerikanischen Freunde uns bei der Wiederherstellung unserer Schäden dieselbe unerschütterliche Unterstützung werden angedeihen lassen, wie in dem großen Krieg. Wir achten die Ansichten, welche die Vereinigten Staaten zu bedenken geführt haben, gegenüber der ursprünglichen Form, die dem Völkerbund gegeben werden sollte, deren edelmütige und wohlwollende Grundzüge wir übrigens niemals in Zweifel gezogen haben.

Die unbestreitbaren Interessen, die uns dazu gelehrt haben, uns mit den edlen Belgiern zu einer gemeinsamen Verteidigung durch ein Militärabkommen zu verbinden, haben trotz der Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Volkshauptansichten den Abschluß einer wirtschaftlichen Vereinbarung vorbereitet.

Unsere Beziehungen zu unseren Freunden und Verbündeten in Mitteleuropa werden weiter befestigt sein von dem Gefühl nahen Vertrauens, wie sie während des Kriegs entstanden sind. Wir werden auch nicht die freemee Durchdringung der vertrie-

denen Verträge zwischen all den Staaten, die aus dem Zerfall des internationalen Rechts entstanden sind, vernachlässigen und Abmachungen durchführen, die es jedem dieser Länder ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu betreiben.

Die Lage im Orient nimmt in immer steigendem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch, und es ist dringend nötig, daß der Frieden mit der Arbeit verwickelt wird. Die Opfer, die die große russische Nation zu Beginn des Krieges für die Freiheit der Welt gebracht hat, haben wir nicht vergessen. Wir werden ihr dafür unanwendbar Dankbarkeit bewahren. Aber werden ihr dafür unanwendbar Dankbarkeit bewahren. Aber werden wir dafür unanwendbar Dankbarkeit bewahren, solange in unserer Verfassung die Sowjetregierung anerkannt, solange in Moskau kein Regime besteht, das in Wirklichkeit das russische Volk darstellt und das bereit ist, die Verpflichtungen zu dulden, die die frühere Regierung des Landes übernommen hat. Der Bolschewismus Russlands muß auf seine Grenzen beschränkt bleiben. Wir haben nicht das Recht, in Rußland einzuschreiten, aber es ist uns unumgänglich, zu erklären, daß die Sowjetarmee unsere Verbündeten angreift.

Wir werden uns helfen, unsere militärische Macht zu schwächen. Aber das ist eine schwere Last für das Land und sie muß deshalb auf das streng notwendige Maß beschränkt werden.

Frankreich muß auch gesunde Finanzen haben. Die Regierung ist fest entschlossen, die Finanzen gesund zu erhalten. Um die finanzielle Krise zum Stillstand zu bringen, ist es nötig, daß der Staatsschatz nicht mehr die Wiederherstellungen zu übernehmen hat, die Deutschland schuldig ist. Durch sein Heer und seine Finanzen wird Frankreich sich in voller Sicherheit seinem Wiederaufbau widmen können.

Der wirtschaftliche Sieg wird aber nicht errungen werden, wenn wir nicht in Ackerbau, Handel und Industrie die Freiheit wieder gewinnen und die Hindernisse aufheben, die infolge der durch den Krieg notwendig gewordenen Ordnung eingetreten sind. Wir werden die restlose Durchführung der Gesetze zugunsten der durch den Krieg Geschädigten betreiben. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs wird auch eine wertvolle Unterstützung in der Ruhrabmachung der Quellen finden, die uns unsere Kolonien bieten, die uns während des Krieges eine so große Hilfe gewesen sind. So wird Frankreich bald zum Wohlstand kommen. Die Regierung ist entschlossen, den Arbeitern, die voll Patriotismus an dem Werk des Kriegs mitgearbeitet haben und deren Ruhe und Klugheit eines der Hauptelemente der moralischen Stärke Frankreichs sind, die inmitten der Erschütterungen der gegenwärtigen Stunde von der ganzen Welt bewundert werden, den weitestgehenden Kredit zu gewähren. Sie haben begriffen, daß eine andere Haltung nur die Wirkung hätte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrößern und die Verbesserung ihrer Lage aufzuhalten. Die Regierung wird Maßnahmen ergreifen, um der peinlichen Lage derjenigen, die lehren müssen, abzuhelfen und die Mittel zu suchen, unserer Industrie das volle Vertrauen wieder zu geben.

Die Politik der Reformen, die wir auf allen Gebieten zu verwirklichen beabsichtigen, setzt das regelmäßige und ständige Wirken des öffentlichen Diensts voraus, von dem das Leben der Nation abhängt. Es ist wichtig, daß die Beamten ihre Rechte und Pflichten in neuen Regeln festsetzen und daß sie das Mandat, das sie von der Nation haben, ausführen, ohne es jemals gegen die Nation verwenden zu können. Den öffentlichen und städtischen Parlamenten werden wir mehr Freiheit geben.

Um dieses Reformprogramm durchzuführen, muß die Regierung sich auf eine starke Mehrheit stützen. Wir haben den Ehrgeiz, diese Mehrheit zu schaffen. Zu diesem Zweck rufen wir die Ehrlichkeit aller Republikaner und aller Vertreter der Parteien an, die auf dem Boden der Republik stehen. Wir lehnen die Unterstützung ab, die durch Gewalt die Umwandlung der Gesellschaft verhindern, ebenso wie die Unterstützung derselben, die dem demokratischen Regime einen Schlag versetzen wollen.

Goldmarkt absehnen sollte. Vielmehr liegen Anzeichen vor, daß Deutschland sich von der Notwendigkeit überzeugen, diese „sehr vernünftigen Vorschläge“ anzunehmen, über die der Oberste Rat entscheiden werde. Umso mehr sei man von der aus Paris kommenden Meldung überrascht, daß Deutschland die vorgeschlagene Höhe der Rohreifeleistung abgelehnt habe. Man verleihe nicht, welche Haltung die Reichsregierung einzunehmen gedächte, falls sie sich den Forderungen der Verbündeten nicht fügen wollte.

London, 21. Jan. Die englische Arbeiterschaft verlangt unter Androhung des Generalstreiks Einführung der 44stündigen Arbeitswoche, die Unterstufung der Arbeitslosen und Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

(Schluß.) **Abg. Unterleitner (NSDAP.)** steht in dem Ausnahmestand eine politische Maßnahme zur Wiederherstellung der Monarchie.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte findet auf Antrag des Abg. Ledebour namentliche Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen statt. Insofern werden 305 Stimmen abgegeben. Der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern wird mit 181 Stimmen gegen 124 Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall auf der Rechten und lauten Applaus auf der Linken aufgenommen.

Es folgt noch die zweite Lesung des Entwurfs über einen weiteren Notauftrag für 1920 mit Bezug auf die Erhöhung der Beamten-Tarifforderungen.

Der Entwurf wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Der Antrag des Reichsrats auf Einführung eines § 3 in das Gesetz einstimmig abgelehnt.

Berlin, 21. Jan.

Auf der Tagesordnung stehen 25 kleine Anfragen, aus deren reichlicher Fülle eine Anfrage des Abg. Propp (DnL) wegen unzureichender Brennstoffversorgung für mitteldeutsche Braunkohlenwerke besondere Beachtung findet. Auf der Rechten wird die schärfsten Anforderungen der Gegend dafür vorangetragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Tausch (DnL) wegen der Auffassung von der Reichswehr vertrieben Gewehre und Munition in Göttingen und Umgebung erklärt der Vertreter des Reichsministers der betreffenden verantwortliche Reichswehrminister selbstenlassen worden.

Auf eine Anfrage des Abg. Wempe (DnL) wird teilsvernehmlich erklärt, daß der Hamburger Senat die Wiedereinführung des Notstandsrechts in den öffentlichen Schulen am 1. Januar ds. J. wieder beschlossen habe.

Hierauf wird der letzte Notetat für 1920 in 3. Lesung angenommen.

Es folgt die Interpellation der Unabhängigen Sozialisten betreffend Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. **Abg. Erlinger (NSDAP.):** Sowjetrußland kommt für uns als Nachbarland in Betracht. Holz, Getreide, Wolle und Flachs können Rußland heute schon liefern. Die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland sollte erleichtert und eine Zentralkasse geschaffen werden, in der auch Gewerkschaften und Jugendstellen ein Mitspracherecht hätten.

Reichsminister Dr. Brüning: Es sei nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn sich die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht schneller entwickeln. Der Warenaustausch sei durch die Folgen der russischen Revolution unterbrochen worden durch die Aufhebung der unteren Geschäftsstellen gegen sie ab. Die letzten Verhandlungen in Rußland aber hat unsere Regierung einen sehr günstigen Ausgang genommen. Rußland konnte seine Handelsbeziehungen nicht...

Nus Stadt und Land.

Altensteig, 22. Januar 1921.

Dem Landw. Bezirksverein Nagold. Am 19. ds. Mts. hielt der Ausschuss des landw. Bezirksvereins eine Sitzung im „Waldhorn“ in Ebdhausen ab. Der zahlreiche Besuch zeigte, daß die Diskussionsregie einen regen Anteil an der Arbeit des Vereins nehmen. Es wurde nach den Vorschlägen des Vorstands beschlossen, Vieh einzukaufen. Die hierzu gewählte Kommission soll so bald als möglich die nötigen Schritte unternehmen. Besonderer Wert soll hierbei auf den Einkauf von guten Ferkeln gelegt werden, da das Futtermaterial im Bezirk allmählich ein ziemlich geringes geworden ist. Ebenso sollen des hohen Preises wegen eine größere Anzahl von Hindern eingekauft werden. An das Oberamt wird das Ersuchen gestellt, nach Eintritt besserer Witterung in den verschiedenen Distrikten die Sperremaßnahmen etwas zu mildern, damit die Dängung der Felder fortgesetzt und vollendet werden kann. Ferner wird der Kommunalverband darauf aufmerksam gemacht, daß es für Bezirker von Saatgut ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine dem Saatgut entsprechende Menge Brotrucht abzuliefern, da dies in erster Linie Leute sind, denen ihre selbstgebaute Frucht nur für einige Monate reicht und die gerade aus diesem Grund Saatgut kaufen müssen. Auch wird die Bezirkerstelle ersucht, denjenigen Viehbesitzern, deren Zugtiere infolge der Seuche stark geschwächt wurden, Hader zur Verfüterung zu überlassen bezw. ihnen solchen zuzuteilen. Da die Haderablieferung in den verschiedenen Oberämtern ganz verschieden gehandhabt wird und da man in der Sache noch nicht klar steht wird die Meinung vertreten, mit der Ablieferung zu warten, bis die Verhandlungen zwischen Reichsgetreidestelle und landwirtschaftlichem Hauptverband abgeschlossen sind. Im übrigen stellen sich die Vertreter der Diskussionsregie auf den Standpunkt, daß das Brotgetreideesoll unbedingt erfüllt werden müsse und daß sie mit allen Mitteln darauf hinarbeiten wollen, daß es geschehe. Zum Schluß der Tagung wurde noch folgende Entschließung angenommen: Der heute in Ebdhausen tagende Gesamtausschuss des landwirtschaftl. Bezirksvereins Nagold verlangt für das Wirtschaftsjahr 1921 grundsätzlich freie Wirtschaft auch in Milch und Getreide. Bei wider Erwarten festgehaltener Zwangswirtschaft, Freigabe des Dalers, Abschaffung der Rationierung und des Milchzweckzwanges für Selbstverfoger, gerechte Umlage im persönlichen Rechenen mit dem einzelnen Solpflichtigen unter Zuziehung einer ständigen Kommission unter weitgehendster Schonung der kleinen Wit-

schaften. Den hohen Produktionskosten entsprechende sofortige Bekämpfung der Milch- bezw. Milchpreise für sämtliche der Zwangswirtschaft noch unterliegenden landwirtschaftlichen Produkte. Bei nicht zureichenden Preisen würde der hohe Ernterücklage Rindfleisch nicht mehr zur Anwendung kommen, was eine ungeheure Schädigung in der Ernährung des Volkes nach sich ziehen würde. Bei nicht genügender Entgegenkommen müßte eine Verantwortung seitens der Landwirtschaft schärfstens abgelehnt werden.

Dem Roten Kreuz. Zu einem Verein für freiwillige Krankenpflege hat sich das rote Kreuz umgebildet. Wichtige und umfangreiche Aufgaben sind dem Verein gestellt. Zunächst handelt es sich darum, die wertvollen Kräfte, welche in den Kriegsjahren für die Krankenpflege herangebildet wurden, für das Allgemeinwohl in Stadt und Land nutzbar zu machen. Zu dem Zweck wurde eine Schwesternschaft vom Roten Kreuz begründet und eine Krankenpflegerinnen-Schule in Tübingen eingerichtet. Die ausgebildeten Pflegerinnen sollen Verwendung finden in der Krankenpflege im Dienst des Roten Kreuzes, im Fürsorge- und Pflanzwesen in städtischen städtischen und sonstigen gemeinnützigen Anstalten und endlich als Gemeindefürsorgern. Neuerdings ist auch die Heranbildung von Hauswirtschaftsschwestern ins Auge gefaßt. Das in Sanitätskolonnen gesammelte männliche Pflegepersonal des Roten Kreuzes wurde zum Dienste für die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen und für einen planmäßig in Stadt und Land einzurichtenden Krankenentragedienst bereit gestellt. Es wurden Rettungstationen mit ununterbrochener Dienstbereitschaft begründet und diese mit Kraftwagen ausgestattet, eine Einrichtung, welche immer weiter ausgebaut werden soll. Auch für Stadt und Bezirk Nagold ist eine Sanitätskolonne geplant, sobald die Privatverhältnisse die Errichtung gestatten. Ein Teil der Mittel und Geräte hierfür ist schon vorhanden. Der im Krieg in den Lazaretten betriebene und von den Verbündeten mit großem Dank aufgenommenen Handfertigungsunterricht soll auf die Krankenhäuser übertragen werden. Daß diese Aufgaben reiche Mittel zu ihrer Durchführung erfordern, liegt auf der Hand. Es sei daher auch an dieser Stelle zur Unterstützung des Vereins vom Roten Kreuz und wenn demnach die Mitglieder herangezogen, zum Beitritt gegen den niedrigen Jahresbeitrag von 2 Mark aufgefordert, damit der Verein in den Stand gesetzt ist, seine Tätigkeit fortzusetzen im Dienst der Nächstenliebe.

Das Schicksal der Festungen. Nach den verhandelbaren Forderungen der feindlichen Ueberwachungskommission, die bekanntlich vom Pariser Vorkriegsratrat ohne weiteres bekräftigt worden sind, haben auch die Festungen Ulm und Jura Stadt ihre Geschütze auszuliefern, obgleich ihnen nach dem Friedensvertrag der Charakter als Festungen mit entsprechender Bewaffnung gesichert war. Als bloße Steinhaufen würden diese Festungen natürlich keinen militärischen Wert mehr besitzen. Die Reichsregierung hat „gebeten“, die sonnenklare Vertragsverletzung dem Obersten Rat zur Entscheidung vorzulegen. Sie wird aber wohl selbst nicht erwarten, daß dessen Urteil anders ausfallen werde, als das des Vorkriegsratrats.

Verstärkte Darlehensklassen etc. deren Bestandteile auf den ersten Blick als nicht zusammengehörig oder als zu klein für einen erfolgreichen Ertragsanspruch erkennbar sind, werden von der Hauptverwaltung der Darlehensklassen nicht mehr erstellt.

Seuchenstand in Württemberg. Die Maul- und Klauenseuche hatte in der ersten Hälfte des Monats Januar weiter erheblich abgenommen. Die Seuche herrschte am 16. Januar noch in 562 Gemeinden mit 5144 Gebäuden gegen 771 Gemeinden mit 8101 Gebäuden am 1. Januar. Neu aufgetreten ist die Seuche in 30 Gemeinden mit 421 Gebäuden.

Falsche Banknoten. Die Reichsbank hat für Fälschungen der 50 Marknoten vom 30. November 1918, die deshalb eingezogen werden, bis jetzt über 9 Millionen Mark Ertrag leisten müssen.

Herabsetzung der Einkommensteuer? Wie die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz meldet, plant der Reichsfinanzminister Dr. Brüning, mit Rücksicht auf die Entwertung der niederen Einkommen, namentlich der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Einkommensteuer zu ermäßigen.

Die Verwertung gefallenen Seuchenviehs. Bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche hatte man in Württemberg 6 vorchriftsmäßig eingerichtete Betriebe: Die Tiermehlwerke der Fleischverwertungsgesellschaft in Württemberg, Horb, Kornweihen, Tübingen und Sulzdorf a. M., Hall und die Abbederei Typpe in Cannstatt. Letztere hat am 1. April den Betrieb eingestellt. Die Tiermehlwerke wurden erst im Krieg gebaut. Sie litten teilweise unter der Kohlennot, weshalb teilweise die Seuchenviehs wie früher auf dem öffentlichen Marktplatz vergraben werden mußten. Im Jahr 1920 sind bis zum 1. Oktober 9511 Stück Vieh im Gesamtgewicht von 2347500 kg angefallen. Verarbeitet wurden in den Tiermehlwerken 1878000 kg. An Fischhäute wurden abgegeben 50762 kg. Erzeugt wurden in den Tiermehlwerken 56000 kg. Fett, 210131 kg. Tiermehl, 113553 kg. Feingallerte. Als Nebenabfälle fallen in den Tiermehlwerken Häute, Haare, Hufe, Klauen und Hörner an. Bis zur Mitte des Jahres mußte das Fett dem Reichsausschuss für Öle und Fette zur Verfügung gestellt werden. Von diesem Zeitpunkt ab wurde es der einheimischen Seifenindustrie zugewiesen. Das Tiermehl und der größere Teil der Feingallerte wurde von der würt. Landesfutterschule dem Kleintierzuchtverband Waiblingen a. G. zur Herstellung eines Wirsfutters überwiesen. Das Tiermehl ist ein ausgezeichnetes Kraftfuttermittel für Geflügel und Schweine. Die Feingallerte findet als Hund-, Schweine- und Geflügelfutter guten Abfall.

Die Ernte. Die jetzt vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zahlen über das Erntergebnis geben den Schätzungen der Ernte-Berichtshalter mit

Neues vom Tage.

Die freien Gewerkschaften zur Kohlensozialisierung.

Berlin, 21. Jan. Der Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds tadelt in einer Entschließung die bisherige Behandlung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus durch die Reichsregierung. Gutachten des Reichswirtschaftsrats können die Regierung von den der Arbeiterschaft gegebenen Verpflichtungen nicht entbinden. Die Entschließung stellt folgende Forderungen auf: Alle Erbschaften gehören der Nation. Die Ausbeutung wird gemeinwirtschaftlich organisiert. Das Eigentum an den Bergwerken wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen. Die Kohlenbewirtschaftung wird für das ganze Reich einheitlich geregelt. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichsstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Den Arbeitern und Angestellten ist ein Mitbestimmungsrecht in der Bewirtschaftung zu sichern. Die Preisregelung soll unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen.

Verfahren gegen Erzberger.

Berlin, 21. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hat dem Antrag zugestimmt, daß das Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger wegen Meineids durchgeführt werde. (Erzberger hat selbst um die Durchführung des Verfahrens gebeten.)

Arbeitslosigkeit in England.

London, 21. Jan. In Südwales wurden heute weitere 1000 Bergarbeiter entlassen, im Bezirk Pontypridd 6000. In Nordengland haben bedeutende Kohlenwerke den Betrieb eingestellt. (Das ist die Folge der Auszehrung der deutschen Kohlengruben und der sinnlosen Ueberflutung des Marktes mit deutschen Kohlen durch Frankreich.)

In nächster Woche wird eine nationale Arbeiterkonferenz wegen der Arbeitsnot einberufen.

Die Quätersituationen.

Berlin, 21. Jan. Der Leiter der Quätershilfe in Berlin, Scattergood, teilte mit, daß der neue Vermittler Hoover's hoffe man bald täglich eine Million deutsche Mütter und Kinder speisen zu können, statt bisher 6 bis 700000.

Der indische Student Shri Sinju wurde in seiner Wohnung in Charlotenburg ermordet angefunden.

Stimmungsfrage oder Drohung?

Paris, 21. Jan. Davos gibt eine angebliche Neuermessung weiter: In amtlichen englischen Kreisen sollte man es für unumgänglich oder unerlässlich, daß die deutsche Reichsregierung den Vorschlag der Verbündeten auf 5 Rohreifeleistungen im Wert von je 3 Milliarden

etwa 1000, die schon längst vor der Heberhebung der Brotgetreideernte geerntet haben. Eine Gegenüberstellung der Zahlen mit denen voriger Ernte beweist den ungeheuren Rückgang. Wurden doch im Jahr 1913 4,54 Millionen, 1919 2,17 Millionen und 1920 2,25 Millionen Tonnen Weizen geerntet. An Roggen sieht es noch weit schlechter aus. Im Jahr 1913 wurden 12,22 Millionen geerntet, 1919 6,10 Millionen und 1920 4,97 Millionen Tonnen. Daß die vorige Ernte noch Heberschüsse gebracht hätte, ist ein Märchen, das von Kreisen erfunden wurde, die an der Verheerung zwischen Stadt und Land ein Interesse haben. Im Gegenteil ist die diesjährige Ernte schon vor dem 16. Januar 1920 in Anfrucht genommen.

Der Schuljahresbeginn. Die Gesamtvertretung der Deutschen Philologen, die im Verband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands, hat beschloffen sich bei der Reichsregierung für den Herbstbeginn aller Schulen einzusetzen.

Stimmzettel, 21. Jan. (Die Allmende.) Aus dem sog. Gerechtigkeitswald, der ein Vermächtnis des Klosterfräuleins von Herrenalb aus dem 15. Jahrhundert ist, erhielten seit der hiesigen Bürger große Nutzungen, im vorigen Jahr 3 Meter Brennholz, 50 Reissigwellen, sowie 500 M. Bargeld. Weitere 500 Mark sollen noch zur Verteilung kommen. Der neu gewählte Schulbeirat hat nun ein Ortsstatut über die Bürgergenussung ausgearbeitet, wonach in Zukunft ein Teil der Reineinnahmen des Gerechtigkeitswalds in die Gemeindefasse fließen soll. Der Gemeinderat sollte den Prozentatz, der zur Deckung der Gemeindefassen herangezogen werden soll, auf 35 Prozent fest. Trotzdem erhält noch jeder Bürger jährlich 2 Raummeter Holz. Die ledigen Hausfrauen erhalten keine Vorratsgabe mehr.

Münzingen, 21. Jan. (Versteigerung überfälliger Pferde.) Das Remontedepot Breitenhain versteigert am Montag, 21. Januar, nachmittags 2 Uhr, in Laichingen 22 Truppenpferde gegen Vorzahlung. Landwirte, die einen Ausweis der Zentralstelle oder ihres Oberamts vorweisen darüber, daß sie Pferde brauchen, sind zu dieser Versteigerung zugelassen.

Ulm, 21. Jan. (Simultanschule.) Bei der Anmeldung der Kinder zur Grundschule sind von evangelischer wie katholischer Seite nur ganz wenige Anmeldungen für die Simultanschule erfolgt.

Lehrerheim a. M., 21. Jan. Ein ausländischer Geschäftsführer fuhr am Montagabend in Begleitung seiner Frau nach hier und ging, um Nachtquartier zu be-

stellen, seinem Geliebten voraus. Als seine Frau nach langem Warten nicht einzog, ging er zurück und fand diese ermordet und beraubt auf der Straße vor. Der Mörder hatte seinem Opfer den Kopf vom Rumpfe getrennt.

Willingen, 21. Jan. Bei dem Brandfall sind, wie jetzt festgestellt ist, durch die umstürzende Feuerleiter neun Kinder im Alter von 10-13 Jahren verunglückt. Drei sind sehr schwer, zwei schwer, die andern leichter verletzt. Das Feuer wurde durch Unvorsichtigkeit oder Brandstiftung verursacht.

Stuttgart, 21. Jan. (Die Ausschreitungen bei Daimler.) Vor dem hiesigen Schwurgericht kommen in diesen Tagen die Ausschreitungen bei Daimler zur Verhandlung. Bekanntlich wurden dort anfangs August vor. J. drei fertige Autogestelle im Wert von 750 000 M. zerstört. Angeklagt sind der 46 Jahre alte Schweizer Eugen Bösch aus ... , der 43 J. a. Schweizer Paul Wörtel aus Stuttgart, der 27 J. a. Mechaniker Erich Wentsch aus Sothen und der flüchtige Mechaniker Karl Dechste von Heidenheim. Die Automobile waren für die Heeresverwaltung bestimmt. Die Zerstörung erfolgte aus politischen Gründen, angeblich, um praktische Verwirklichung der Solidarität gegenüber Sowjet-Rußland zu üben. Die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Letzte Nachrichten.

WTB, Berlin, 21. Jan. Der Reichstag erledigte heute zunächst 25 kleine Anfragen und nahm dann den Etat für 1920 in dritter Lesung an. Zu der Intervention der Unabhängigen betreffend die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland bemerkte der Minister des Innern Dr. Simons, es handle sich allerdings um eine Lebensfrage, doch sei es nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn sich die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht günstiger entwickeln haben. Die neue russische Regierungsform habe versagt. Rußland konnte keine Gegenleistung mehr bieten. Daran schreite jede Austauschpolitik. Mit Polen und Litauen schwebten Verhandlungen. Die größte Schwierigkeit liege in dem Zwange, das kapitalistische System mit dem russischen Sowjetismus in Einklang zu bringen. Es sei zweifelhaft, ob ein Handelsvertrag mit Rußland allgemeine Anerkennung finden würde, solange die Sowjetregierung noch nicht allgemein anerkannt sei.

WTB, Berlin, 22. Jan. Die bürgerlichen Blätter beglückwünschten es, daß Reichsminister Dr. Simons gestern im Reichstag dem Mut gefunden hat, sein Urteil vom Jahr

vorigen Jahres über Sowjetrußland zu revidieren und daß er jetzt anerkennt, daß das Sowjetismus verlagert habe, daß die russische Produktion nicht gehoben, sondern zu Grunde gerichtet worden sei. — Auch der „Vorwärts“ stellt fest, daß durch die nachträglichen Darlegungen des Ministers die Illusionen vom Sowjetparadies gründlich zerstört worden sind und sagt, es habe sich wieder einmal gezeigt, daß Sozialist der überlegene Feind der Phrase sei.

WTB, Rom, 21. Jan. Hinsichtlich der Pariser Konferenz wird in hiesigen politischen Kreisen versichert, Briand habe Lloyd George und Giolitti ersucht, wenigstens einigen Sitzungen persönlich beizuwohnen, in denen die wichtigsten Fragen erörtert werden würden. — Dazu schreibt „Messaggero“, es sei wohl möglich, daß sich Giolitti für einige Tage nach Paris begeben könne, ohne daß deswegen die Eröffnung der Kammer verschoben werden müßte.

WTB, Berlin, 21. Jan. (Aus den Abendblättern.) Im badischen Landtag erklärte der Minister des Innern, es werde jetzt von den zuständigen Stellen ein Plan ausgearbeitet, nach dem jeder Landwirt nach Maßgabe seiner Anbaufläche und nach der des Ernte-Ertragnisses eine bestimmte Menge Getreide abliefern müsse. Das andere könne er dann für sich behalten.

In den Mitteilungen der deutschen Liga für Völkerverständigung begrüßt Generalleutnant v. D. Graf Montgelas, daß Kautsky in seiner Schrift „Delbrück und Wilhelm II.“ nunmehr zugestehen habe, daß er nach seiner Ansicht der Alten seine frühere Ansicht nicht aufrecht erhalten könne. Deutschland habe nicht planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet und habe ihn schließlich zu vermeiden gesucht.

WTB, Innsbruck, 22. Jan. Der Landtag nahm gestern den Dringlichkeitsantrag der Großdeutschen betr. die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland in dem ersten ganz Oesterreich betreffenden Teil einstimmig, in dem zweiten die Abstimmung in Tirol mit Mehrheit an. Ferner wurde der sozialdemokratische Antrag betreffend die Beschleunigung der Volksabstimmung in ganz Oesterreich einstimmig angenommen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.
Druck und der Verlag W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Dies ist eine Beilage.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Notwendigkeit der Stickstoffdüngung. Wir verweisen auf das heutige Inserat der Badischen Anilin- u. Soda-Fabrik über die Wirkung und Anwendung der modernen Stickstoffdüngemittel.

höchste Reinerträge und Ernten

nur durch sachgemäße Voldüngung mit Stickstoff.

Reinerträge bis zu 5000 M. auf den Hektar.

Landwirte! Bestellt rechtzeitig zur Kopfdüngung der Winterung und für die Frühjahrssaat die bewährten und durch tausende von Versuchen erprobten

Stickstoffdünger der Neuzeit:

1. Schwefelsaures Ammoniak BASF mit etwa 20,5 % Stickstoff.
2. Natronsalpeter BASF (Deutscher Salpeter) mit etwa 16 % Stickstoff, frei von pflanzenschädlichen Bestandteilen.
- Besonders zu empfehlen wegen des gleichzeitigen Gehaltes an Ammoniak- und Salpeterstickstoff sind:
3. Ammonsulfatsalpeter BASF mit etwa 27 % Gesamtstickstoff, davon etwa 8 % Salpeter- und etwa 19 % Ammoniakstickstoff.
4. Kallammonsalpeter BASF mit etwa 16 % Stickstoff, je zur Hälfte Ammoniak- und Salpeterstickstoff und etwa 25-27 % Kali.

Zu beziehen durch Händler und Genossenschaften.

Der bestehende Wagenmangel und Verladungsschwierigkeiten ermöglichen nur dann rechtzeitige Lieferung, wenn die Bestellung möglichst frühzeitig erfolgt.

Druckschriften über Anwendung und Wirkung, Auskunft über Anstellung von Düngungsversuchen u. Bezugsquellen kostenlos durch

Badische Anilin- & Soda-Fabrik

Landwirtschaftliche Abteilung.
Ludwigshafen-Rh.

Lieberkranz Altensteig

Am Sonntag, den 23. Jan., abends 8 Uhr, findet bei Albert Zug die jährliche

Hauptversammlung

statt. Der Ausschuss.

Gesucht ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

für sofort, bei gutem Lohn. Persönliche Vorstellung erwünscht.

Frau Erhard, Sägewerk Oberchwandorf.

Suche auf 1. oder 15. Febr. tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit bei gutem Lohn und Behandlung.

Frau Oberbahnbofsvorsteher Zahn, A-gold, Bahnhof.

Zimmersfeld.

Strick-Garne

in Rammgarn, Schafwolle und Baumwolle empfiehlt zu sehr günstigen Preisen

Jakob Hanselmann hinter dem Hirsch.

Altensteig.

Ein schwarzes

Kleid

für eine Konfirmandin passend, verkauft, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Nadelstammholzverkauf.

Aus dem H. Eberichen Walde Röhthalde, Markung Reienfeld, werden freihändig verkauft: 347 Stämme mit im: 3 I., 67 II., 85 III., 53 IV., 27 V. und 5 VI. M. Langholz, 1 II. und 1 1/2 III. M. Sägholz. Das Holz ist geräpelt. Verkaufsbedingungen wie beim Staat, aber 4 wöchentliche Zahlungsfrist. Auskauf und Auszüge durch Waldhüter Braun, Stettlingen. Schriftliche Angebote, in Prozenten der Holzpreise ausgedrückt, wollen bis 1. Februar eingereicht werden bei

Forstmeister Scheicher in Leonberg.

Landwirtschaftl. Bezirksverein Calw.

Nächsten Sonntag, 23. Januar, nachm. 2 Uhr wird im Gasthaus z. Röhle in Reubulach eine

Versammlung

stattfinden, in welcher Herr Landwirtschaftsinspektor Haath von Calw einen Vortrag über

„Die Steigerung der landw. Erzeugung“

halten wird. Die Landwirte von Reubulach und Umgebung werden zu möglichst zahlreichem Besuch eingeladen.

Calw, 19. Januar 1921.
Der Vereinsvorstand: B. Dingler.

Wandkalender 1921

mit Marktverzeichnis
Preis 50 Pfennig
sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung
Altensteig.

Altensteig.

Torfmelasse und Zuckerschnitzel

empfiehlt

J. Wurster.



15 bis 20% Rabatt

gewähre ich auf

Bettfedern, Bettbarchent, farbige Ueberzugstoffe, Damaste, Halbleine, Schirting, Baumwollflanell, Hemden, Corsetten, Strümpfe, Wollgarne, Schürzen, Cravatten, Hosenträger, Schirme, Schurz- und Kleiderzeuge, Kleider- und Anzugstoffe

Chr. Krauss.

Altensteig.
Friedrichsdorfer
Zwieback
beste Qualität empfiehlt
Karl Steeb
Bäcker.

Pfalzgrafenweiler.
Einen
**Fuhr-
Schlitten**

verkauft
G. Schleeß
Tel. 19.

Verlobungskarten
und
Hochzeitkarten

fertigt schnell und sauber die
B. Kieker'sche Buchdr.
Altensteig.

Preis-Abbau!

Garant. reines Schweineschmalz
Kreuz-Markte ausgemoggen 1 Pfd. Mk. 18.—

nächster Tage eintreffend

Hamburger Stadtschmalz
vorzügliche Qualität

in netto 100 Pfd. Fässern 1 Pfund Mk. 15.50
" " 50 " Kübel 1 " " 16.—
" " 25 " Eimer 1 " " 16.—

Tafel-Margarine gelb offen 1 Pfd. Mk. 15.—

Kokosfett, feinste Pflanzenbutter 1 Pfd. " 16.—

Wigmanns Palmbutter 1 Pfd. Café " 17.—

Boll-Reis la gutkod. 1 Pfd. Mk. 4.—, 4.25, 4.50, 5.—, 5.50

Berl-Gerfte feinste 1 Pfd. Mk. 3.— (erwartend)

Berl-Sago Feinkorn 1 Pfd. Mk. 4.75

Griesello, weiß Mais-Gries 1 " " 4.—

Berl-Bohnen weiss 1 " " 2.50

Erbisen grün ganze 1 " " 3.—

Erbisen gelb ganze 1 Pfd. Mk. 2.50, 2.75, 3.—

Heller-Linsen mittel 1 Pfd. Mk. 3.50, 3.75, 4.—

Heller-Lins u. grosse 1 Pfd. Mk. 4.25, 4.50

Haserflöcken, offen 1 Pfd. Mk. 3.75

Hasermehl 1/2 Pfd. Pakets Mk. 1.10

Grünherumehl 1/2 Pfd. Pakets Mk. 1.40

Leigwaren, Band-N dein, Hörste, Meei onf

(Auslands-Ware) 1 Pfd. Mk. 9.50, 10.—, 11.—

Zwetschgen bosn.-serbische 1 Pfd. Mk. 5.—, 5.50

Pflaumen Tafel grosse 1 Pfd. Mk. 6.50

" Plochin Tafel in Pakets 1 " " 7.—

Misch-Obst, 4 Sorten 1 " " 4.50

Birn-Hüfeln 1 " " 4.—

Dampfpfäfel Ringe 1 " " 6.—

Kaffee, stets frisch gebrannt

in nur rein schmeckenden Qualitäten
1 Pfund Mk. 23.—, 24.—, 25.—, 26.—, 28.—, 30.—

Kaffee, roh, grün u. feinst blau

hocheble Sorten

1 Pfund Mk. 19.—, 20.—, 22.—, 24.—, 25.—, 26.—

Kakao Holländer 1 Pfd. Mk. 20.—

Thee, Pecco Souchong 1 " " 30.—

Thee, Ceylon Pecco 1 " " 32.—

Schokolade Stollwerk, Moser-Roth,
Waldbaur, Stängel & Ziller

zu herabgesetzten neuen Fabrik-Preisen

Salatöl la Sesam 1 Liter Mk. 28.—, 30.—

Mohnöl feinst Vorlauf 1 Liter Mk. 32.—

Messina Citronen 1 Stück 70, 75, 80 Pfg.

Palermo Orangen 1 Stück Mk. 1.—, 1.25, 1.50

Statienische Spize-Zwiebel 1 Pfd. Mk. 1.10

Chr. Burghard jr.

Statt Karten.

Spiegelberg — Wörneröberg.

Hochzeits-Einladung.

Das Frier unserer ehelichen Verbindung beehren wir
uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag, den 27. Januar 1921
in das Gasthaus z. Anker in Wörneröberg
freundlichst einzuladen.

Wilhelm Dieterle || Friederike Schauble
Sohn der || Tochter des
Friedrich Seeger, Kohl- || Friedrich Schauble, Holz-
hauer's We. in Spiegelberg || hauer's in Wörneröberg.

Kirchgang um 12 Uhr.

Anna Frey

Johann Georg Geiger

Verlobte

Dillstein
Grömbach

Grömbach

Januar 1921.

An allen kleinen und größeren Landorten findet
Lehrer o. sonst achtbare Persönlichkeit
angenehmen, dauernden Nebenverdienst. Keine Versicherung.
Anfr. an August Seibert, Johannesstraße 90, Stuttgart.

Zur gefl. Beachtung!

Wenn man etwas zu verkaufen hat oder etwas kaufen
will, so ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man
einen Käufer, bzw. ein Angebot hat oder zehnt.
Oft erzählt man erst hinterher, daß man ein
Objekt viel besser hätte verkaufen können oder
daß man viel günstiger gekauft hätte,
wenn man nicht gerade nur auf den einen
Käufer oder Verkäufer angewiesen ge-
wesen wäre. Es verlohnt sich des-
halb immer, die Verkaufs- und
Kaufsmöglichkeiten durch eine
Anzeige in der Zeitung zu
vergrößern. Inserate fin-
den in der Schwarz-
wälder Tageszeitung
Aus den Tannen
die weiteste
Verbreitung
u. haben
best. Er-
folg!

Schwanenbrauerei Altensteig

bringt zum Ausstoß:

Dunkel Bier (einfach)
Hell Bier (Vollbier)

Altensteig.

Von heute Samstag Abend ab hat

Bayrisch Bier

im Ausschank

L. Kappler
zum „Grünen Baum“

Verkaufe am Dienstag, den 25. Januar von
8 Uhr an einen Transport schöne

Läufer- Schweine



in meinem Stall, die Tiere standen unter Beobachtung und
sind vollständig seuchenfrei.

Chr. Kienle, Schweinehandlung
Ragold, Telefon Nr. 119.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Septuagesimä,
23. Jan. Evang. Gottes-
dienst um 10 Uhr in
der Kirche. Lieder 2. 409.
Darauf Kindergottesdienst.
1/2 Christenlehre: Töchter.
Donnerstag Abds. 1/8 Uhr
Bibelstunde im Jugendb.
für Frauen u. Jungfrauen
von Missionschwester
Kraflaub.

Gemeinsch. Jugendheim.
Sonntag, 23. Jan. abends
1/8 Uhr Versammlung.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 23. Jan.
vorm. 10 Uhr Predigt,
vorm. 11 Uhr Sonntag-
schule, nachm. 2 Uhr Jung-
frauenverein, abends 1/8
Uhr Predigt.

Dienstag, 25. Jan., abends
8 Uhr Jünglings-Verein
(Bibelstunde).
Mittwoch, 26. Jan., abends
8 Uhr Gebetsversammlung.

Bestorbene:

Stuttgart: Generalmajor a.
D. Robert v. Habermast.